
FORUM: **Individualisierung und neue soziale Frage**

Ulrich Mückenberger: Organisation, Macht und Verantwortung

Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, geb. 1944 in Schönheide/Erzgebirge, lehrt Sozial- und Arbeitsrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg.

In unserem Gutachten „Jenseits der Beschlußlage“¹ haben wir aus gutem Grund nichts über die Gewerkschaftsorganisation, die Struktur der Gliederung zwischen DGB und Einzelgewerkschaften und über das Verhältnis von Gewerkschaften und Politik gesagt, weil wir das Nachdenken über diese Fragen von den Inhalten her anstoßen wollten. Aber es ist klar, daß sich diese Fragen stellen. Ich gehe deshalb hier nicht auf die großen Verwerfungen ein, die wir schwerpunktmäßig in unserem Gutachten diskutiert haben - technischer Strukturwandel, ökologische Krise, veränderte Stellung der Frauen im Erwerbsleben und das, was man den Einstellungswandel im Verhältnis zu Arbeit, Leben und Überleben nennt -, sondern benenne drei zentrale organisationspolitische Fragenkomplexe.

¹ Jürgen Hoffmann, Reiner Hoffmann, Dietrich Lange, Ulrich Mückenberger (Hrsg.), Jenseits der Beschlußlage - Gewerkschaften als Zukunftswerkstatt, Köln 1990.

Entzentrierung

Der erste Komplex: Wir haben einen Prozeß beobachtet, der von Josef Schmid und Heinrich Tiemann mit einem Wort benannt wird: Entzentrierung.² Die wichtigen Fragen für das Leben und Überleben der Menschen haben nicht mehr den Nationalstaat als Zentrum von Entscheidungen, auf den hin dann auch Druck ausgeübt werden kann oder Konzeptionen entwickelt werden können. Vielmehr haben wir eine Verlagerung wichtiger Entscheidungsprozesse in doppelter Richtung zu konstatieren: einmal in die Region, in die Dezentralität, andererseits aber in eine neue Zentralität, in Gestalt von Kapitalkonzentration, aber auch von Überstaatlichkeit.

Das den Gewerkschaften liebgewordene Zentrum, an das sie sich mit ihren Wünschen richten konnten, rutscht nach beiden Seiten weg. Dies hat auch für die Organisationsfrage von Gewerkschaften relativ große Bedeutung. Wir müssen auf der einen Seite zur Kenntnis nehmen, daß wir ein Großteil der Probleme nicht mehr im klassischen Sinne zentral organisieren können. Wir haben in der Ökologie-, in der Infrastruktur-, in der Frauenfrage die Notwendigkeit, dezentrale, beteiligtenorientierte Organisationsformen zu entwickeln, die Sensibilität für Problemwahrnehmung und Problemlösung erschließen und die nicht nur Beratungsorgan für die Zentralen sein dürfen, sondern denen Kompetenz zum Aufgreifen und zur Lösung bestimmter Probleme zuwachsen muß. Das Problem wird teilweise diskutiert in der Frage der Betriebsnähe von Tarifpolitik. Es wird jetzt im ökologischen und im frauenpolitischen Zusammenhang stärker auf der örtlichen DGB- und Ortskartell-Ebene diskutiert. Hier stellt sich die Notwendigkeit, die dezentralen Ebenen, auch die Infrastrukturebenen der Regionalpolitik, zu stärken und gewerkschaftlich stärker zu beeinflussen.

Auf der anderen Seite stellen sich Handlungsanforderungen im übernationalen Zusammenhang. Das Dilemma scheint mir zu sein, daß auf gewerkschaftlicher Seite überwiegend formale Organisationsstrukturen und über formale Organisationshierarchien strukturierte internationale Arbeitsformen vorherrschen. Selbst auf internationalen Seminaren haben fast durchweg die Internationalen Abteilungen das Sagen, und ein direkter Kontakt von Betroffenen untereinander wird häufig mit Argwohn und Mißtrauen betrachtet. Wenn man die Internationalität ernst nimmt und nicht zu der Einschätzung gelangt, das Internationale müsse zentral organisiert sein, dann muß man auf neue Formen der Kooperation der Beteiligten über die Grenzen hinweg kommen. Hier käme es darauf an, unmittelbar beteiligtenzentrierte, die Grenzen überschreitende Formen der Kooperation zu entwickeln, um überhaupt handlungsfähig zu werden.

DGB und Organisationsmacht

Eine zweite große organisationspolitische Frage ist meiner Ansicht nach die Frage nach dem Verhältnis zwischen DGB und Einzelgewerkschaften. Ich

² Josef Schmid, Heinrich Tiemann, Die Reform des DGB, in: Perspektiven ds 1/1990, S. 31 ff.

nehme die Gefahr auf mich, den Rahmen dessen, was hier und jetzt erreicht werden kann, zu verlassen. Wir sind gerade in der ökologischen Frage, die eine zentrale Überlebensfrage ist und die wir in dem Gutachten ausführlich abgehandelt haben, immer wieder an das Problem gestoßen, daß die Branchenorientierung der Gewerkschaften Probleme enthält und aufrechterhält, die sich auf Branchenebene nicht überwinden lassen. Wenn ich nur an die chemische Industrie denke, gibt es immer wieder das Problem, daß sich zwischen Industrie und Gewerkschaft Koalitionen herstellen. Diese industriepolitische Verbindung führt oft dazu, daß auch von seiten der Gewerkschaften bestimmte soziale Kosten oder bestimmte externe Effekte, die von dieser Branche ausgehen, unterstützt oder zumindest nicht aktiv bekämpft werden. Es kommt aber in der ökologischen Frage zentral auf die externen Effekte der Produktion an. Das ökologische Problem besteht ja gerade darin, daß durch die Produktion bestimmte Effekte erzeugt werden, die als Kosten nicht bei denen anfallen und in Rechnung gestellt werden, die sie erzeugt haben, nämlich bei der Branche, vielleicht nicht einmal in dem Land, das sie produziert hat, sondern die extern anfallen und von anderen bewältigt und getragen werden müssen.

Eine Gewerkschaftspolitik, die sich auf die Rationalität der Branche verläßt, auch der Branchengewerkschaft, kann mit diesem Problem der externen Kosten nicht fertig werden. Damit stellt sich die Frage: Wie verhält sich eigentlich diese Branchenlogik, das Brancheninteresse, zur gesellschaftlichen Vernunft, die keine externen Kosten und keine ökologischen Folgeschäden haben will. Diese Frage ist auch in den Gewerkschaften verstanden worden und hat zu einer Art von Arbeitsteilung geführt: Die Branche soll nicht das einzige Kriterium gewerkschaftlicher Politik sein, sondern der DGB soll auch eine bestimmte Koordinationsfunktion haben.

Meines Erachtens ist das entscheidende Problem im Verhältnis zwischen Einzelgewerkschaften und DGB, daß der DGB ein relativ zahnloses Instrument ist. Wenn er koordiniert, wenn er auf die Schäden der Industriepolitik einer Branche hinweist, dann macht er sich unbeliebt, macht sich vielleicht sogar Gegner, aber er kann diesem Problem nicht abhelfen. Die traditionelle Arbeitsteilung - die Gewerkschaften verfügen über das harte Feld der Tarifpolitik mit dem Mittel des Streiks und der DGB über die Aufgabe der Koordination mit Überzeugungsmitteln - funktioniert nicht mehr.

Man kann aus dem DGB keinen tarifschließenden und arbeitskampfführenden Verband machen, das wäre jenseits jeder Erfahrung. Ich glaube aber, daß in zentralen Überlebensfragen - wie der Ökologiefrage, der Strukturpolitik, auch der Frauenfrage - eine enorme Aufwertung des DGB, auch in Richtung auf „härtere“ Mittel geboten wäre. Der DGB, das kann man im Tarifvertragsgesetz nachlesen, ist sogar in der Lage, als Spitzenorganisation Tarifabschlüsse zu machen. Auch in diesem harten Feld der Tarifpolitik muß der DGB eine Kompetenz der Koordination gewinnen: Seine Koordinationsfunktion würde anfangen, ernsthaft zu werden, wenn sie auch diese Instrumentenfelder umgreifen würde.

Gewerkschaften und Politik

Der dritte Punkt, der organisationspolitisch noch ziemlich offen und im Gutachten kaum gelöst ist, betrifft die Frage des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und Politik - oder Parteiebene und Parlament. Wir haben uns in dem Gutachten darauf beschränkt zu sagen, es gebe bestimmte Aufgaben, die Gewerkschaften im Interesse ihrer Mitglieder zu erfüllen hätten, haben die Mittel zu deren Durchsetzung aber nicht im einzelnen benannt. Meiner Ansicht nach führt die Logik unseres Ansatzes zu einer Grenzverschiebung zwischen gewerkschaftlichem und politischem Handlungsradius. Es gibt - gerade wenn man an Fragen der Infrastruktur denkt oder an Fragen der Ökologie - diese lupenscharfe Trennung nicht mehr. Wir müssen sehen, was das in der Folge bedeutet. Es wird sich die Frage nach dem Verhältnis der Gewerkschaften zu den einzelnen Parteien klarer stellen, und damit auch die Frage der Einheitsgewerkschaft, ob sie nun real oder als Fiktion besteht. Die Frage der Einheitsgewerkschaft wird auf die Probe gestellt, sobald Gewerkschaften politische Gestaltungsansprüche formulieren und für diese politischen Gestaltungsansprüche möglicherweise auch mobilisieren. Wir können mit einem ernstgenommenen gewerkschaftspolitischen Ansatz, wie wir ihn angedeutet haben, dieses Problem der Entgrenzung von gewerkschaftlicher Politik und unmittelbarer Einflußnahme auf staatliche Politik nicht mehr vermeiden.

Verantwortung als Organisationsprinzip

„Jenseits der Beschlußlage“ meint im Grunde ein anderes Organisationsprinzip von Solidarität. Das Nachdenken über Organisation allein unter Machtkriterien - Folgebereitschaft der Mitglieder und deren Bedingungen - ist kein aktueller Ansatz mehr zum Verständnis von Solidarität. Dabei fehlt nämlich der Begriff der Verantwortung. Verantwortung ist heute zentral beim Nachdenken über Solidarität: daß Menschen eigenständig, selbstbestimmt nachdenken und Verantwortung für sich und andere übernehmen. Ich kann mir das nicht in Kategorien von Macht und Steuerung vorstellen, sondern das ist eine Frage der normativen Grundlagen des Zusammenseins, der Regeln der Kommunikation mit anderen.

Wenn wir das „Jenseits der Beschlußlage“ einfordern oder von „Diskursorganisation“ sprechen, dann meint das: Solidarität muß unter veränderten Bedingungen auf Selbstbestimmung und selbstgewählter Verantwortung aufbauen - und zwar sowohl individuell (deshalb spielt eine dezentrale Organisation eine so große Rolle) als auch gesamtgewerkschaftlich. Es gibt einen paradoxen Zusammenhang zwischen der Forderung nach individueller Verantwortung und derjenigen, daß der DGB insgesamt in der Lage sein müsse, in Menschheitsfragen Verantwortung zu übernehmen. Die Kategorie „Diskurs über Verantwortung“, über normative Grundlagen von Zusammenleben und Solidarität, scheint mir jenseits der Beschlußlage das zentrale Organisationsprinzip zu sein.